

Grundsätze für Deutschland.



Beschluss der Grundsatzprogramm-Kommission
der CDU Deutschlands vom 7. Mai 2007

Kurzfassung

CDU

Kurzfassung des neuen Grundsatzprogramms*
in der von der Grundsatzprogramm-Kommission verabschiedeten Fassung

1. Wir christliche Demokraten

Wer wir sind – Menschenbild und Grundwerte der CDU

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Ihre Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Wir wissen, dass sich aus dem christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lässt. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und die Freiheit aller Menschen anerkennt und die hieraus folgenden Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU hat konservative, liberale und christlich-soziale Wurzeln.

Die CDU will die christlich geprägten Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie bewahren und stärken. Wir leiten aus ihnen die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Diese Grundwerte erfordern und ergänzen einander.

Der Mensch ist frei geschaffen. Die Freiheit des anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Verantwortung zu nehmen.

Solidarität ergibt sich aus der sozialen Natur des Menschen und aus dem Gebot der Nächstenliebe. Jeder hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität und trägt mit seiner Arbeit und Leistung dazu bei, dass die Gemeinschaft für den Einzelnen eintreten kann. Auch die Verpflichtung zur sozialen Sicherung beruht auf dem Grundgedanken der Solidarität. Sie darf nicht missbraucht werden und sie verpflichtet uns – gegenüber künftigen Generationen und weltweit.

* Diese Zusammenfassung basiert in weiten Teilen auf Originalzitaten aus dem neuen Grundsatzprogramm.

Wir wissen, dass es ohne Gerechtigkeit keine Freiheit gibt. Im Rechtsstaat heißt Gerechtigkeit gleiches Recht für alle. Es schützt vor Willkür und Missbrauch. Das Recht sichert zudem die Freiheit auch für den Schwächeren. Wir wissen allerdings auch, dass wir uns bei noch so großer Anstrengung für mehr Gerechtigkeit die absolute Gerechtigkeit nie erreichen können. Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Diese Überlegungen finden in der Chancengesellschaft ihre Verwirklichung.

Unser Gesellschaftsbild

Die geistigen Grundlagen unserer christlich demokratischen Volkspartei befähigen uns, die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft zu meistern. Mit unserer Politik zielen wir auf eine Gesellschaft, die jedem Freiheit sichert und alle im Bewusstsein ihrer Zusammengehörigkeit verbindet. Jeder muss die gleichen Chancen haben, sich so zu verwirklichen, wie es seinen Anlagen und Fähigkeiten entspricht. Diese freie Entfaltung gelingt nur in der Gemeinschaft und fördert zugleich den Zusammenhalt der Gesellschaft, die so zur Chancengesellschaft wird.

Die CDU vertraut auf die Fähigkeit der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Politik soll diese Eigenverantwortung und damit das Prinzip der Subsidiarität im gesellschaftlichen und politischen Leben fördern. Wir treten ein für die Verwirklichung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.

Wir halten fest an der Nation als eine Verantwortungsgemeinschaft für die Vergangenheit, die Gegenwart und für die Gestaltung der Zukunft. Jeder, der auf Dauer bei uns bleiben will, ist aufgefordert, sich mit diesem Land und seiner Geschichte vertraut zu machen.

Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft, Anerkennung der verbindlichen kulturellen Grundlagen, der Werte, die unserer Geschichte entstammen und in unser Grundgesetz eingegangen sind, bilden unsere politische Kultur. Sie ist geprägt von den Besonderheiten der deutschen Geschichte und ihren föderalen und konfessionellen Traditionen. Dieses gemeinsam bildet den Boden einer Leitkultur in Deutschland. Das Bekenntnis zur Leitkultur und die Identifikation damit ist eine Voraussetzung für erfolgreiche Integration.

2. Herausforderungen unserer Zeit – Gestaltungsanspruch der CDU

Wir leben heute in einer Zeit epochaler Veränderungen. Sie fordern unser Land heraus, das Fehlentwicklungen und Strukturschwächen des Sozialstaates korrigieren und eine viel zu hohe Arbeitslosigkeit zurückdrängen muss. Die Gefährdungen unserer Umwelt, die Folgen der Globalisierung, die Anforderungen der Wissensgesellschaft, neue Bedrohungen unserer Freiheit und der demografische Wandel sind die wichtigsten Beispiele solcher Herausforderungen. Sie eröffnen uns aber zugleich Chancen für eine verantwortliche und zukunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert. Damit wir den neuen Herausforderungen gerecht werden können, dürfen wir vor Veränderungen nicht zurückschrecken. Die CDU als die große Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft will bewahren, was unser Land voranbringt und verändern, was unser Land belastet.

Unsere Antwort auf diese Herausforderungen ist die Chancengesellschaft, die für jeden ein freies und sicheres Leben ermöglicht. Für dieses Ziel formulieren wir die Grundsätze unserer Politik in diesem Grundsatzprogramm.

3. Starke Familien – menschliche Gesellschaft

Fundament der Gesellschaft sind Ehe und Familie, die wir stärken wollen. Familien leben, ein Leben lang. Und zu einem glücklichen Leben gehören für die große Mehrheit junger Frauen und Männer Familie und Kinder. Die CDU will die Voraussetzungen schaffen, dass viele Familien- und Kinderwünsche in Erfüllung gehen. Wir wollen den Familien Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Für uns ist Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kindern für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Sie umfasst somit alle Generationen. Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Aber wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind.

Familien brauchen Zeit: Eltern für die Kinder, Kinder für die Eltern. Dazu ist es neben staatlichen Maßnahmen nötig, familienfreundliche Arbeitszeiten in Wirtschaft und Unternehmen zu schaffen. Zur Familiengerechtigkeit gehört, dass Familien finanzielle Unterstützung erhalten. Familien mit Kindern müssen steuerlich besser gestellt sein als kinderlose. Dazu fordern wir die Einführung eines Familiensplittings. Das Ehegattensplitting bleibt in seiner heutigen Form erhalten. Zu einer familienfreundlichen Politik gehört zudem der Ausbau von Infrastrukturen wie der Ausbau von Einrichtungen für Kinder aller Altersklassen, in denen diese auf Wunsch der Eltern flexibel und verlässlich betreut werden und Kinder treffen.

4. Bildungs- und Kulturnation Deutschland – Antworten auf die Wissensgesellschaft

Mehr Bildung für alle. Von Anfang an, ein Leben lang

Bildung ist der Schlüssel für die Lebenschancen jedes einzelnen. Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem werden wir Werte schaffen, die Wohlstand sichern.

Unser gesellschaftspolitisches Ziel heißt, dass die soziale Herkunft junger Menschen nicht über ihre Zukunft entscheiden darf und dass Aufstieg durch Bildung ermöglicht werden muss. Jede Begabung soll so früh wie möglich entdeckt und gefördert werden. Dazu ist es nötig, auch neue und unkonventionelle Wege zu gehen.

Das gegliederte Schulsystem hat sich als erfolgreiches Modell erwiesen. Es müssen die richtigen Rahmen geschaffen werden, damit die Schulen besser und den Schülern gerecht werden. Dazu gehört auch der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagschulen.

Sprache ist der Schlüssel für Bildung und Ausbildung, für Integration in den Beruf und in die Gesellschaft. Gezielte Sprachförderung, verbindliche Sprachtests und schulbegleitende Sprachprogramme sind dafür unerlässlich.

Neugieriges Deutschland: Forschung sichert Wohlstand

Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Für uns findet die Freiheit der Forschung ihre Grenzen dort, wo die unantastbare Würde des Menschen berührt wird und die Schöpfung gefährdet ist.

Forschung bedarf der besonderen staatlichen Unterstützung. Die Forschung an Hochschulen hat vorrangigen Anspruch auf Forschungsförderung, weil hier auch der größte Teil des wissenschaftlichen Nachwuchses ausgebildet wird.

Wissenschaft, Wirtschaft und Staat tragen gemeinsam Verantwortung für Innovationen und für die Zukunft des Technologie- und Forschungsstandortes Deutschland. Wir wollen die Ausgaben hierfür bis zum Jahr 2015 auf 4 Prozent des Bruttoinlandproduktes steigern. Damit Innovationen gelingen, dürfen gleichzeitig Forscher nicht durch unnötige bürokratische Hürden behindert werden. Forschung braucht flexible Organisationsformen und mehr Experimentierfreude bei der Ausgestaltung wissenschaftlicher Institutionen.

Kultur: Ausdruck nationaler Identität und Weltoffenheit

Wir sind davon überzeugt, dass Kulturförderung keine Subvention ist. Wir wollen eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Kulturförderung durch Stiftungen.

Die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik trägt zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei. Sie muss deswegen gestärkt werden. Teil unserer Kultur ist eine lebendige Erinnerungskultur, die die Erfahrungen aus Nationalsozialismus, SED-Diktatur sowie Zwangsimmigration und Vertreibung wach hält.

In einer sich schnell wandelnden Medienwelt kommt es vor allem auf die Sicherung von Vielfalt und Qualität der Medieninhalte an. Eine finanzielle Beteiligung von politischen Parteien an Medien lehnen wir ab. Medienanbieter und Journalisten sind aufgrund ihrer besonderen Einflussmöglichkeiten in hohem Maße mitverantwortlich für das gesellschaftliche und kulturelle Leben in Deutschland.

5. Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft in der globalisierten Welt

Die Globalisierung ist eine von Menschen gemachte Entwicklung, die wir beeinflussen und gestalten können. Wenn wir darauf achten, dass unsere Politik wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist, dann ist auch die Globalisierung nicht das Ende des Sozialstaates und der Sozialen Marktwirtschaft, sondern vielmehr kann sie der Beginn ihrer weltweiten Akzeptanz sein. Eine neue Wirtschaftspolitik muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international verankern.

Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt

Wirtschaft und Arbeit in Deutschland hängen in zunehmendem Maße von den wirtschaftlichen Bedingungen in der globalisierten Welt ab. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Stärke und Effizienz der bestehenden internationalen Organisationen zu stärken. Sie sind das geeignete Mittel, um die Gestaltung einer freien und humanen Weltordnung voranzubringen. Wirtschaftlich starke Staaten müssen ihre Verantwortung wahrnehmen, um auch den Interessen wirtschaftlich schwacher Staaten zu mehr Geltung zu verhelfen. Der Markt ist nicht immer in der Lage, aus sich heraus die Bildung von Monopolen und Kriterien zu verhindern. Damit internationale, private wie staatliche Akteure an ungebremster Machtentfaltung gehindert werden, ist der Schutz der Freiheit der internationalen Märkte notwendig. Das erfordert eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung.

Wirtschaft und Arbeit

Die Dynamik der Unternehmen und die Tradition des Handwerks, des Mittelstandes, des Handels, der Industrie und einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft bilden das Fundament der deutschen Wirtschaft. Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Freiheit und Wettbewerb sind die Triebfedern unseres Wirtschaftssystems. Deswegen gilt es für den Staat, sich bei Subventionen und wirtschaftlicher Betätigung zurückzuhalten. Vielmehr muss der Staat für eine funktionierende Infrastruktur sowie für die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft und der Menschen für die weitere Entwicklung Deutschlands sorgen.

Arbeit für Alle ist das Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Massenarbeitslosigkeit ist daher unerträglich und nicht hinnehmbar. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit hauptsächlich strukturell bedingt. Wir brauchen deswegen neben Bildungsinvestitionen eine umfassende Reform des Arbeitsmarktes mit besseren Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sowie Ältere. Grundsätzlich muss gelten: Vorfahrt für Arbeit.

Die soziale Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind Grundlage unserer Wirtschafts- und Sozialordnung. Die Mitbestimmung wollen wir als Interessenvertretung der Arbeitnehmer fortentwickeln. Die Tarifpartner haben bereits damit begonnen, auf die veränderte Arbeitslandschaft flexible Antworten zu finden. Diesen Prozess wollen wir durch die rechtssichere Gestaltung betrieblicher Bündnisse für Arbeit ergänzen.

Wir sprechen uns für mehr Erfolgs- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer sowie für mehr Flexibilität der Arbeitszeiten aus. Unser Ziel ist es, dass auch Beziehern niedriger Löhne und Gehälter aus einer legalen Beschäftigung ein existenzsicherndes Einkommen zuwächst. Es muss gelten: Wenn man arbeitet, muss man mehr haben, als wenn man nicht arbeitet.

Den demografischen Wandel gestalten – Soziale Sicherheit für alle Generationen

Der Sozialstaat hat in Deutschland Großes geleistet. Er bleibt unverzichtbar. Die Systeme der sozialen Sicherung sind maßgeblich von der CDU gestaltet. Bei der Weiterentwicklung der Systeme orientiert sich die CDU an dem Prinzip der Generationengerechtigkeit und der Leistungsgerechtigkeit.

In der Krankenversicherung wie in der Pflegeversicherung soll die Umlagefinanzierung stufenweise durch Einführung von solidarischen Prämienelementen ergänzt und baldmöglichst durch ein kapitalgedecktes solidarisches Prämienmodell ersetzt werden. Eine besondere Bedeutung kommt in Zukunft der Prävention zu. Die Leistungen der Pflegeversicherungen sollen dynamisiert und Pflegebedürftigkeit neu definiert werden. Wir bekräftigen den Grundsatz „ambulant vor stationär“.

Die Alterssicherung in Deutschland ruht auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die umlagefinanzierte gesetzliche Ren-

tenversicherung ist gegenwärtig die wichtigste Form der Alterssicherung. Sie wird aber künftig nicht den gewohnten Lebensstandard im Alter sichern können. Daher ist es notwendig, dass andere Formen der Vorsorge dazu beitragen, den Lebensstandard im Alter zu erhalten. Private und betriebliche Altersvorsorge sollen effizient und zielgerichtet gefördert werden.

Die Arbeitslosenversicherung soll sich auf ihre ursprüngliche Versicherungsfunktion beschränken, stärkere Anreize zur Arbeitsaufnahme sollen eingeführt werden. Die Dauer der Absicherung soll sich wieder stärker als heute an der Dauer der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung orientieren.

Der Unfallversicherung kommt eine immer größere Bedeutung zu.

Solide Finanzen, solides Deutschland

Die Schuldenlast in Deutschland ist schon heute erdrückend. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt als er einnimmt. Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat in Zukunft wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Zur Begrenzung der Neuverschuldung ist es in einem ersten Schritt notwendig, den Begriff der öffentlichen Investitionen in einem strengeren Sinn zu definieren. Wir wollen sicherstellen, dass die verfassungsrechtlichen Verschuldungsregeln die Kreditaufnahmen wirksam begrenzen und eine Schuldenbremse eingeführt wird. Wir wissen, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen und unser Ziel, Arbeit für alle zu schaffen, einander bedingen. Wir werden deshalb das Gefüge der Staatseinnahmen so erneuern, dass der Faktor Arbeit entlastet wird.

Mit ihren Steuern stellen die Bürger dem Staat die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht. Damit die Bürger das Steuerrecht akzeptieren, muss es den Prinzipien folgen: einfach, niedrig, gerecht. Das entspricht unseren Grundwerten von Solidarität und Gerechtigkeit.

Auf historischen Leistungen aufbauen – Die neuen Länder voran bringen

Mit der friedlichen Revolution haben die Bürger der ehemaligen DDR im Vertrauen auf Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands geschaffen. Wir brauchen in den neuen Ländern eine Stärkung der Bürgergesellschaft – als Grundlage für Demokratie, Rechtsstaat und Soziale Marktwirtschaft. Nur eine funktionierende Bürgergesellschaft kann für den Wirtschaftsaufschwung und die Stabilität unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft sorgen. Um eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung und eine weitere Modernisierung zu erreichen, benötigen die neuen Länder die Solidarpaktmittel bis 2019 in der zugesagten vollen Höhe. Die Mittel sind zweckgerecht für die Schließung noch bestehender Infrastrukturlücken, gezielte Investitionsförderung und zum Ausgleich der unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen einzusetzen.

6. Die Schöpfung und das Leben bewahren - Für eine lebenswerte Umwelt

Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende des Lebens

Die Achtung der Menschenwürde besitzt Vorrang vor der Forschungsfreiheit. Aus der Menschenwürde folgen die Achtung und der Schutz des Menschenlebens in allen Phasen des Lebens. Das behinderte, noch nicht geborene Leben, bedarf unseres besonderen Schutzes. Wir unterstützen besonders die Arbeit der Hospizbewegung, die Sterbenden und ihren Angehörigen ein würdiges Abschiednehmen erleichtert. Wir wissen, dass die biomedizinische Forschung Lösungen für Zukunftsprobleme anbietet und wesentlich zur Heilung von Krankheiten und zur Linderung von Leid beiträgt. Chancen und Risiken sind dabei gewissenhaft abzuwägen.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen

Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung widersprechen sich nicht, sondern bedingen einander. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Soziale Marktwirtschaft mit ökologischer Ausrichtung ein.

Unser Ziel ist es, die Erwärmung der Erdatmosphäre auf max. 2 °C zu begrenzen. Bis zum Jahr 2020 streben wir einen Anteil regenerativer Energie am Gesamtenergieverbrauch in Höhe von mind. 20 Prozent an. Ziel ist es, dass die erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2050 den Hauptanteil an der Energiebereitstellung tragen.

Auf absehbare Zeit kann auf den Beitrag der Kernenergie zur Stromerzeugung in Deutschland nicht verzichtet werden. Sie hat eine wichtige Brückenfunktion bis neue klimafreundliche und wirtschaftliche Energieträger in ausreichendem Umfang verfügbar sind.

Mit marktwirtschaftlichen Mitteln wollen wir die Klimaverträglichkeit des Kraftfahrzeugverkehrs erhöhen.

Zukunft für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum

Der Einsatz der grünen Gentechnik zur effizienteren Nutzung von Rohstoffen, Rohstoffsicherung und zur Herstellung von Energiepflanzen muss sorgfältig erforscht werden. Die grüne Gentechnik kann zukünftig einen wichtigen Beitrag sowohl zur Ernährungssicherung als auch zur Energiesicherheit leisten. Die Wahlfreiheit der Landwirte und Verbraucher muss dabei gewährleistet sein.

Die Landwirte in Deutschland produzieren gesunde Nahrungsmittel in hoher Qualität. Sie sind der Hüter der meisten natürlichen Ressourcen. Unser Ziel ist eine multifunktionale und unternehmerische Landwirtschaft, die sich zu ihren bäuerlichen Wurzeln bekennt und zugleich Kreativität und Innovation fördert. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventionellem und ökologischem Landbau. Vor allem strukturschwache ländliche Gebiete benötigen auch weiterhin eine aktive Förderung bei der Entwicklung ihrer Infrastruktur.

7. Aktive Bürger, starker Staat, weltoffenes Land

Bürgergesellschaft stärken - Eigeninitiative fördern

Die Bürgerinnen und Bürger sind es, die unseren Staat bilden. Deshalb wollen wir ein partnerschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis zwischen Bürgern und Staat. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung und ihre politischen Institutionen bilden das Fundament für eine lebendige Demokratie.

Der Einsatz der Bürger ist durch nichts zu ersetzen. Jeder, ob jung oder alt, erwerbstätig oder arbeitslos, hat Fähigkeiten, die das Gemeinwesen bereichern können. Ohne ehrenamtliches Engagement würde unsere Gesellschaft verarmen.

Für einen starken Staat: Freiheit und Sicherheit für die Bürger

Unser Staat dient der Würde und der Freiheit des Menschen, und er soll das Wohl des Einzelnen und der Gemeinschaft fördern. Zu den Kernaufgaben des Staates gehört, die Grundrechte zu schützen und Machtmissbrauch zu verhindern.

Unser freiheitlicher Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Wertüberzeugungen lassen sich nicht staatlich verordnen. Sie bilden vielmehr den gewachsenen gesellschaftlichen Konsens, aus dem heraus Freiheit und Verantwortung gelebt werden.

Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander verbindet. Die politischen Parteien tragen eine besondere Verantwortung für Staat und Gesellschaft. Sie greifen gesellschaftliche Anliegen auf, wirken an der politischen Willensbildung mit und fördern die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben.

Freiheit zu sichern und das Zusammenleben der Menschen zu ordnen, ist Aufgabe des Rechts. Im Rechtsstaat unterliegt die Ausübung staatlicher Gewalt der Bindung an Recht und Gesetz. Wir treten ein für einen starken, aber schlanken Staat. Ein starker Staat garantiert die Sicherheit seiner Bürger und schützt die Schwachen. Ein schlanker Staat zeichnet sich durch geringe Bürokratie aus und fördert die Eigeninitiative statt sie zu blockieren.

Wir bekennen uns zur wehrhaften Demokratie. Angesichts der Gefahren durch den internationalen Terrorismus hat die innere Sicherheit in unserem Land eine globale Dimension erhalten. Innere und äußere Sicherheit lassen sich nicht mehr strikt voneinander trennen, vielmehr verschränken sie sich immer mehr ineinander. Eine Antwort auf diese Herausforderung ist der Einsatz der Bundeswehr im Inneren bei besonderen Gefährdungslagen.

Integrationsland Deutschland

Für die CDU ist die Integration von Zuwanderern, insbesondere von Kindern und Jugendlichen der zweiten und dritten Generation, in unsere Gesellschaft eine politische Schlüsselaufgabe. Gleichzeitig muss Deutschland attraktive Zuwanderungs- und Aufnahmebedingungen für gut ausgebildete Menschen, Kulturschaffende und Höchstqualifizierte bieten. Deutschland ist ein weltoffenes und tolerantes Land, in dem Deutsche und Ausländer friedlich zusammen leben und arbeiten. Integration bedeutet die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter Grundwerte. Integration bedeutet, Verantwortung zu übernehmen für unser Land. Ein unverbundenes Nebeneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechtsordnung missachtet wird, lehnen wir ab.

8. Deutschlands Verantwortung und Interessen wahrnehmen

Deutschlands Chance Europa

Die CDU ist die deutsche Europapartei. Wir setzen uns für die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses ein, der im deutschen Interesse ist. Die Nationalstaaten und die Identität ihrer Völker sind prägende Bestandteile eines Europas der Einheit in Vielfalt. Wir sind gleichzeitig deutsche Patrioten und Europäer. Die europäische Einigung ist die Grundlage dafür, dass die Europäer nicht in Nationalismus zurückfallen und nie wieder Krieg gegeneinander führen.

Wesentlich für die EU ist die Akzeptanz durch ihre Bürger. Sie wird von ihren Bürgern nur getragen, wenn sie die Aufgaben erfüllt, die sie in den Augen der Bürger erfüllen soll. Die

EU muss sich daher gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die Aufgaben beschränken, die die Europäische Union besser als die Nationalstaaten erledigen kann.

Der europäische Einigungsprozess muss fortgesetzt werden ohne dass die Nationalstaaten aufgelöst werden und die Europäische Union ein Staat wird. Wir benötigen für Europa eine neue vertragliche Grundlage, die die Demokratie in der EU stärkt. Die nachbarschaftliche Zusammenarbeit muss an den nationalen Binnengrenzen der Europäischen Union auf allen Gebieten der kommunalen und regionalen Zuständigkeit weiter ausgebaut werden. Wir wollen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfasst.

Die EU muss den Prozess der Globalisierung nach ihren Interessen und Werten mit gestalten können. In allen wichtigen Bereichen der Sozial- und auch der Umweltpolitik müssen europaweit einheitliche Mindeststandards verankert werden.

Für Freiheit und Frieden eintreten – Deutschlands Rolle in der Welt

Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verpflichten uns in unserem außenpolitischen Handeln. Es ist unser Auftrag, die Sicherheit der Menschen in Deutschland zu gewährleisten, Gefahren von unserem Land abzuwehren und zugleich weltweit für die Schaffung von Frieden und Freiheit sowie für die Geltung der Herrschaft des Rechts und der universellen Menschenrechte einzutreten.

Deutschland steht in internationaler Verantwortung und muss die Mittel und Instrumente den Aufgaben und Verpflichtungen entsprechend bereitstellen. Erfolgreiche Außenpolitik setzt Leistungsfähigkeit sowie Attraktivität unserer Gesellschaftsordnung voraus. Mit der Europäischen Union, der transatlantischen Partnerschaft und der Stärkung der globalen Ordnung werden wir Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben.

Zentrales Instrument unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ständiger Ort des sicherheitspolitischen Dialogs insbesondere mit den USA ist die NATO. Wir bekennen uns zur Wehrpflicht in Deutschland. Der Bundeswehr kommt heute ein erweitertes Aufgabenspektrum zu: Landes- und Bündnisverteidigung, Krisenreaktion und Stabilitätstransfer so-

wie die zivilmilitärische Zusammenarbeit im Inneren bilden die Kernelemente des Aufgabenspektrums der Bundeswehr heute.

Unsere Entwicklungszusammenarbeit beruht auf unserer Verantwortung für Arme und die Schöpfung, auf der Abwehr von Gefahren und der Stärkung unserer politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Partnerschaften. Entwicklungspolitik als Teil einer Weltordnungspolitik setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine soziale, ökologisch orientierte Marktwirtschaft als Kernelemente unserer Entwicklungszusammenarbeit ein.

Wir wollen unseren Beitrag zu einer freien, friedlichen und gerechten Welt leisten.